

# Anzeige über einen Dienstunfall

- NUR FÜR BEAMTE -

(Nur für Beamte bei denen die BR Düsseldorf personalaktenführende Stelle ist!)

**- IN BLOCKSCHRIFT AUSFÜLLEN -**

Name, Vorname, Amtsbezeichnung, Besoldungsgruppe	LBV-Personalnummer	Geburtsdatum	Alter
Anschrift (Straße, PLZ, Ort, Telefonnummer, E-Mail)			
Dienststelle mit Anschrift, Telefonnummer und <b>Schul- bzw. Dienststellenummer (WICHTIG!)</b>			
An die Bezirksregierung Düsseldorf Dezernat 12 Cecilienallee 2 40474 Düsseldorf -		Der Unfall wurde der Schul- bzw. Seminarleitung gemeldet:  (Unterschrift u. Stempel der Schul- bzw. Seminarleitung)	

**Beizufügen sind - !!! WICHTIG !!!:**

1. eine ärztliche Bescheinigung (Ziffer 70 GOÄ) über Art und Umfang der erlittenen Verletzungen;
2. zwei von Zeugen des Unfalls abgegebene schriftliche Darstellungen des Unfallhergangs  
oder – falls unmittelbare Zeugen nicht vorhanden sind – zwei entsprechende Bescheinigungen  
von Personen, die zuerst von dem Unfall Kenntnis erhalten haben;
3. eine Skizze der Unfallstelle und des Arbeitsweges (nur soweit es sich um einen Wegeunfall handelt).
4. bei Unfall mit genehmigten privaten Pkw ist eine Kopie des aktuellen Kfz-Versicherungsscheines beizufügen

**Angaben zum Unfallereignis:**

1. a) Datum und genaue Uhrzeit des Unfalls	Datum:	Uhrzeit:
b) Ereignete sich der Unfall	<input type="checkbox"/> während des Dienstes im Dienstgebäude oder auf dem Dienstgrundstück <input type="checkbox"/> während einer Dienstreise oder eines Dienstgangs ( <i>Kopie der Dienstreisegenehmigung</i> ) <input type="checkbox"/> auf dem Weg zu der oder von der Dienststelle – Wegeunfall – <input type="checkbox"/> während einer dienstlichen Veranstaltung ( <i>Genehmigung / Bescheinigung beifügen</i> )	
c) Wann – genaue Uhrzeit – begann und endete der Dienst planmäßig am Unfalltag	Dienstbeginn:	Dienstende:
d) Bezeichnung der Unfallstelle		
e) Angabe des regelmäßigen Dienstwegs		
2. a) Ursache und Hergang des Unfalls (ggf. kurze Schilderung in besonderer Anlage)		

b) Namen der Unfallzeugen (schriftliche Aussagen beifügen)	1. 2.
c) Liegt Verschulden eines Dritten vor?  Wenn ja, Name und Anschrift des Schädigers und dessen Versicherung  (Kopie der polizeilichen Unfallmeldung beifügen!)	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
d) Soweit es sich um einen Verkehrsunfall handelt: Von welcher Polizeidienststelle sind die polizeilichen Ermittlungen eingeleitet	
e) Ist ein Strafverfahren anhängig? Bei welchem Gericht oder welcher Staatsanwaltschaft?	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja  Aktenzeichen: _____
3. a) Art der Verletzung, entstandene Körperschäden (genaue Angabe des Körperteils)  Bestanden Vorschädigungen am verletzten Körperteil? Wenn ja, welche genau.	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja / nur wenn ja: _____
b) Beginn der ärztlichen Behandlung (ggf. Tag der Aufnahme ins Krankenhaus)	
c) Name und Anschrift des Arztes / Krankenhauses	
d) Ist die Arbeit sofort eingestellt worden oder wann?	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja  Uhrzeit: _____
e) Besteht (bestand) infolge des Unfalls Dienstunfähigkeit? (Bei Fremdverschulden Kopie der DU – Bescheinigung) Wenn ja, für welchen Zeitraum voraussichtlich?	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja  von _____ bis _____
f) Wann ist der Dienst wieder aufgenommen worden?	
4. a) Welcher Schaden ist am persönlichen Eigentum entstanden?	
b) Sind besondere Kosten durch Ersthilfeleistung entstanden?	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja  in Höhe von _____
5. Ist der Verunfallte durch Leistungen des Unfallgegners, einer Versicherung des Unfallgegners, einer Krankenkasse oder durch eine sonstige Versicherung, ganz oder teilweise, bereits entschädigt worden?	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja Wenn ja, durch wen und in welcher Höhe?
6.a) Bestand vor dem Unfall eine Erwerbsminderung?	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja _____ von Hundert
b) Sind Sie schwerbehindert?	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja _____ von Hundert
7. Falls die Unfallanzeige nicht unverzüglich nach dem Unfall eingereicht wird, Gründe für die verspätete Meldung	

**HINWEISE:**

1. Die Unfallfürsorge bekommt, bevor die Kosten erstattet werden, alle vom Rechnungssteller ausgefertigten Exemplare einer Rechnung, das bedeutet Originale und vorhandene Zweitschriften/Duplikate/Kopien. Diese sind mit dem Vordruck „Antrag auf Gewährung von Unfallfürsorgeleistungen“ einzureichen.
2. Ihnen stehen neben den Unfallfürsorgeleistungen, im Falle der Anerkennung des Unfalls als Dienstunfall, keine Beihilfen oder Versicherungsleistungen zu. Denn die Unfallfürsorge erstattet die Rechnungen, die den Unfall betreffen, im Rahmen der rechtlichen Rahmenbedingungen, zu 100%.
3. Gemäß § 611 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) sind Sie dem Rechnungssteller gegenüber zahlungsverpflichtet. Die Unfallfürsorge erstattet Ihnen lediglich die angefallenen Kosten. Mahngebühren oder ähnliches werden von der Unfallfürsorge nicht erstattet.

4. Aufwendungen für physiotherapeutische Behandlungen und Heilpraktiker können nur im Rahmen von geltenden Höchstsätzen erstattet werden. Höchstsätze gelten auch für die Aufwendungen von Osteopathen. Für eine Erstattung osteopathischer Aufwendungen muss auch beachtet werden, dass der/die Behandler/in Angehörige/r eines medizinischen Heil- oder Heilhilfsberufs ist. Die geltenden Höchstsätze können bei der Unfallfürsorge erfragt werden.
5. Sofern eine Privatklinik aufgesucht wird, die nicht die Bundespflegesatzverordnung anwendet, sind nur die vergleichbaren Aufwendungen erstattungsfähig, die bei einer Behandlung in einer Krankenanstalt angefallen wären, die nach der Bundespflegesatzverordnung abrechnet.
6. Psychotherapeutische Behandlungen müssen beantragt werden und bedürfen der vorherigen Genehmigung durch die Unfallfürsorge. Nur die ersten fünf Behandlungen können ohne vorherige Genehmigung erstattet werden. Voraussetzung hierfür ist, dass eine kurze ärztliche Bescheinigung (Ziffer 70 GOÄ) über die psychotherapeutisch zu behandelnden Diagnosen, mit der Bestätigung des ursächlichen Zusammenhangs zum Unfallereignis, vorgelegt wird.

Wenn zusätzlich am privatem Eigentum ein Schaden entstanden ist:

7. WICHTIG ⇨ Der Schaden muss gemäß § 32 BeamtVG innerhalb von 3 Monaten nach Schadenseintritt bei der Bezirksregierung gemeldet werden!
8. Nachweise über die entstandenen Kosten sind hinsichtlich Ersatzbeschaffungen oder Reparaturen durch Originalrechnungen und eventuell vorhandene Zweitausfertigungen der Rechnungen zu führen.
9. Zerstörte Gegenstände für die Ersatzbeschaffungen getätigt wurden (z.B. kaputte Brille), werden zwecks Überprüfung und Einziehung an o. g. Adresse gesandt. Es sei denn, ein Fachgeschäft hat den zerstörten Gegenstand eingezogen, dann wird eine schriftliche Bestätigung des Fachgeschäfts darüber benötigt. Dieses gilt auch, wenn der Gegenstand aufgrund seiner Größe nicht versandt werden kann.
10. Für die Erstattung von zerstörten oder abhanden gekommenen Gegenständen (Neubeschaffung) gelten Höchstsätze. Diese können bei Dezernat 12 erfragt werden.
11. Bei Wegeunfällen mit dem privaten Kfz werden grundsätzlich keine Schäden erstattet.
12. Für die Benutzung eines privaten Fahrzeuges muss eine vorherige schriftliche Genehmigung des Dienstvorgesetzten vorliegen. Wird ein vorher genehmigtes privates Fahrzeug dann im Rahmen eines Dienstgangs oder einer Dienstreise beschädigt, ergibt sich der Höchstbetrag für eine Erstattung aus dem Landesreisekostengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (LRKG NW).
13. Die Höhe der Erstattung richtet sich auch nach einem eventuellen Mitverschulden des/der Antragsteller/s/in.

Ich bitte um Anerkennung des Unfalls als Dienstunfall.

Die Unfallfürsorgeleistungen sollen überwiesen werden auf:	Geldinstitut :
Name des Kontoinhabers:	Bankleitzahl :
	Kontonummer:

**Ich versichere dienstlich, dass ich die vorstehenden Fragen vollständig und wahrheitsgemäß beantwortet habe.**

Ort, Datum	Unterschrift des Verletzten
------------	-----------------------------

Stand Februar 2011